

Dresdener Nachrichten

Großer Sportteil

Begründet 1856

Verlagspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 8.00 RM. Inveränderlich 70 Wfg. für Kassenlohn, durch Verzug 1.10 RM. einjährlich 96 Wfg. Vorbestellung (ohne Postzusatz) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einjahrespreis 100 Wfg. außerhalb Ostens 110 Wfg. Anzeigenpreis: Die erste Zeile 30 mm breite Seite 25 Wfg. für 40 Zeilen 40 Wfg. die 20 mm breite Seite 200 Wfg. außerhalb 200 Wfg. abh. Anzeigenpreis 11. Karll. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wfg. außerhalb 25 Wfg. Offertengeld 30 Wfg. Anzeigenpreis für den Auslandsendung.

Druck u. Verlag: Neff & Weichert, Dresden, Postfach-Nr. 1069 Dresden. Druck und Vertrieb: Neff & Weichert (Dresden, Postfach) 1069 Dresden. Verantwortliche Schriftföhrer werden nicht aufgeführt.

Die Aussprache zwischen Reich und Ländern

Sachsens Regierung zur neuen Notverordnung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Juni. Die wichtigen Besprechungen zwischen Reich und Ländern, die am Sonnabendvormittag mit einer Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse begannen, haben mit einem Besuch der sächsischen Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten am Sonntagvormittag ihren Abschluss gefunden. Formal war der Ablauf so, daß am Sonntagvormittag zunächst die Reichsratsausschüsse zusammentraten, vor denen der Reichskanzler v. Papen eine kurze Begrüßungsrede hielt. Auf Antrag von Bayern wurde daraufhin die allgemeine Sitzung unterbrochen, und es begannen Besprechungen zwischen Reichskanzler und dem Reichsinnenminister einerseits und den Ministerpräsidenten der größeren Länder andererseits. Diese Besprechungen im kleinen Kreise dienten in erster Linie politischen Fragen, während die Reichsratsausschüsse als solche lediglich das Forum für finanzielle und wirtschaftliche Beratungen bildeten. Am Sonnabendnachmittag 3 Uhr wurde dann die Sitzung der Reichsratsausschüsse wieder aufgenommen und in den Abendstunden zu Ende geführt. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat

wesen sei. Dieser Rückgang des Herrn Schäffer war um so notwendiger, als, wie bereits gemeldet, die Rede im Reichspräsidentenpalast außerordentlich veritumt hatte und es eines klaren Rückens sowohl des Herrn Schäffer, als auch des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Feld bedurfte, um den heutigen Empfang beim Reichspräsidenten nicht überhaupt in Frage zu stellen.

Die Aussprache im Reichspräsidentenpalast hat nicht weniger als 1 1/2 Stunde gedauert.

Wie berichtet wird, hat der Reichspräsident in diese Debatte persönlich lebhaft eingegriffen. Einzelheiten sind naturgemäß nicht bekannt, aber es scheint, daß auch der Reichspräsident sich veranlaßt gesehen hat, gewisse sächsischen Äußerungen, die so großes Aufsehen überall in Deutschland hervorgerufen haben, in aller Deutlichkeit mit den betreffenden Herren zu erörtern. Der Reichspräsident dürfte es nicht darüber im unklaren gelassen haben, daß er jeder Aktion, die reichsfeindlich gelten müsse, mit allen Mitteln entgegenzutreten werde.

Der Reichsregierung wäre es natürlich am liebsten, wenn in Preußen eine verfassungsmäßige Regierung, also eine das Zentrum mit einbeziehende Reichsregierung, gebildet werden könnte. Dann wäre ja der Parallelschismus mit der Reichspolitik ein Lager gemacht. Dieses Vorgehen in Preußen würde aber keinesfalls eine Präjudizierung gegenüber den anderen deutschen Ländern bedeuten können.

Das Reich will in Preußen Klarheit.

Auf der anderen Seite will es aber auch den Grundgedanken sicherstellen, daß Reichsrecht Landesrecht bleibt. Das bezieht sich auf die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Aufhebung des S.A.-Verbotes. Es ist nicht anzunehmen, daß, wenn die Reichsregierung die Aufhebung vertritt, daß die S.A. wieder auflieben darf, die Verbote in sächsischen Ländern weiter aufrechterhalten bleiben. Die Reichsregierung legt Wert auf eine freie und

ungeübte Willensbildung des deutschen Volkes bei den kommenden Wahlen. Es hat die Methode der Unterdrückung als ein Unglück begriffen, in dessen Gefolge revolutionäre Zustände heraufbeschworen werden können.

Die sächsischen Minister haben auch noch eine Reihe von wirtschaftlichen Fragen behandelt und dabei ebenfalls besonderen Wert auf die Erhaltung der Selbständigkeit der Länder und Gemeinden gelegt.

Wie wir bei Reaktionskreisen erfahren, hat nach dem Empfang beim Reichspräsidenten heute mittag in der Reichskanzlei noch eine einstündige, also ebenfalls recht eingehende Aussprache zwischen den drei sächsischen Regierungschefs und dem Reichskanzler stattgefunden. Von unterrichteter Seite wird dazu erklärt, daß die Aussprache über die Probleme, die beim Reichspräsidenten behandelt worden waren, in dieser Besprechung noch vertieft wurde. Auch diese Zusammenkunft bestätigte den Eindruck, daß es gelungen ist, an die Stelle der Spannung zwischen den Ländern und dem Reich immerhin eine gewisse Beruhigung zu setzen. Dabei wird aus Kreisen, die den bestellten Landesvertretern nahe stehen, allerdings kein Gehör daraus gemacht, daß in der Frage der Aufhebung des S.A.-Verbotes der Standpunkt der sächsischen Länder auch weiter von dem der Reichsregierung abweicht.

Eine amtliche Verlautbarung

Berlin, 12. Juni. Amtlich wird gemeldet:

Die Reichsregierung gab in der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats Auskunft über den Haushaltsplan des Reiches und über die Grundzüge der von ihr geplanten Notverordnungen zur Sicherstellung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden sowie zur Rettung der Sozialversicherung.

Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsarbeitsminister erläuterten und begründeten die Absichten der Reichsregierung.

Im Anschluß an diese Ausführungen fand eine eingehende Aussprache statt, in der die Vertreter der Länder ihre Stellungnahme darlegten.

Die süddeutsche Fronde gegen v. Papen

Badischer Terror

Karlstraße, 12. Juni. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gau Baden, hat an den Reichskanzler von Papen ein Telegramm geschickt, in dem es heißt, daß der badische Landtag nicht dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entspreche und daß Staatspräsident Schmitt nicht berechtigt sei, im Namen des badischen Volkes zu sprechen. Schmitt sei ferner nicht berechtigt, aber angebliche Verfassungswidrigkeiten in Kauf zu nehmen, da die Verfassung für die Nationalsozialisten, der weitaus stärksten Partei in Baden, praktisch außer Kraft gesetzt sei. Zum Schluß wird gebeten, den Reichspräsidenten hierüber zu unterrichten.

Außerdem hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion in Baden an den Kanzler folgendes Telegramm geschickt: „Staatspräsident Schmitt unterliegt badischen Beamten die Beurlaubung für die NSDAP, unter Berufung auf den Reichspräsidenten. Entsprechend Ihrer Regierungserklärung bitte ich, bei morgiger Empfang den Herrn Reichspräsidenten hierüber zu unterrichten und daraus hinzuwirken, daß der verfassungswidrige Terror der badischen Regierung gegen die badische Bevölkerung für die Folge unterbleibt und dem badischen Staatspräsidenten eröffnet wird, daß er kein Recht hat, sich bei seinem Vorgehen auf den Herrn Reichspräsidenten zu berufen. ges. Landtagsabgeordneter Köhler.“

Nicht befugt!

Landesverband Württemberg der DNVP, zum Besuch Holz beim Reichspräsidenten

Stuttgart, 12. Juni. Der Landesverband Württemberg der Deutschnationalen Volkspartei hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm geschickt:

„Staatspräsident Dr. Holz ist lediglich geschäftsführender Staatspräsident auf Grund der Verfassung und nicht vom Vertrauen des württembergischen Volkes getragen. Herr Dr. Holz darf deshalb nur als Vertreter des Zentrum betrachtet werden. ges. Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Württemberg.“

Einzelheiten aus der Notverordnung

Berlin, 12. Juni. Am Montag werden in Besprechungen der einzelnen Ministerien die beiden Notverordnungen fertiggestellt, die am Dienstag veröffentlicht werden sollen. Inwieweit noch gewisse Wünsche der Länder in diese Notverordnungen eingebaut werden, steht dahin. Im allgemeinen dürfte, was insbesondere die politische Notverordnung angeht, von der Reichsregierung kaum Konzessionen gemacht worden sein. Das Kabinett wird die Notverordnungen am Montagvormittag formal verabschieden. Die Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten ist für den Abend oder Dienstagvormittag in Aussicht genommen. In

Ergänzung unserer Mitteilungen in der Sonntagsausgabe über die finanziellen Maßnahmen ist noch mitzuteilen, daß insgesamt 400 Millionen Mark Defizit

im Etat gedeckt werden müssen, ein Defizit, das zur Erhaltung des Rabinets Brünning gehört und das auf dem Sparniswege wohl nicht mehr zu decken war.

Unvermeidlich geworden ist eine Erhöhung der Reinkommensteuer, die mit 1,5 Prozent des Einkommens beginnt und bei höheren Gehältern ansteigt. Die Beamten werden zu einer gleichmäßigen Abgabe von 1,5 Prozent herangezogen. Bei der Umsatzsteuer wird über die schon mitgeteilte Kürzung der Standungschriften hinaus vielleicht die Freigrenze von 5000 Mark, die jetzt besteht, aufgehoben werden. Das eine Verlängerung der Bürgersteuer um weitere sechs Monate kommt, kann als sicher gelten. Langen dann diese Steuern zur Deckung des Defizits nicht, dann kommt noch die Salzsteuer in Betracht. Es heißt, daß die Vertreter der Länder von der Regierung Vollmachten für die Gemeinden zu einer noch weiteren Erhöhung der Bürgersteuer verlangt haben, was aber die Reichsregierung abgelehnt habe. Die Kürzung der Rente wird, wie ferner verlautet, in abgemildeter Form gegenüber den Absichten des Rabinets Brünning durchgeführt werden.

„Nationalliberale Partei Anhalts“

Dessau, 12. Juni. Die Landtagung der Deutschen Volkspartei Anhalts billigte heute einstimmig den Beschluß des Parteivorstandes auf Austritt aus der DNVP. In einer nachfolgenden Tagung wurde einstimmig die Gründung einer Nationalliberalen Partei Anhalts beschlossen. In dem Kommuniqué, das die Nationalliberale Partei Anhalts ausgibt, heißt es u. a.: Die Nationalliberale Partei Anhalts trennt sich von der Deutschen Volkspartei, weil sie der Auffassung ist, daß die lebendige Fortentwicklung des alten nationalliberalen Gedankengutes von dieser nicht mit der notwendigen Energie verfolgt würde.

Nach einer neuen Partei. Unter Führung von Professor Kornel, Wehen, hat sich in einer zu Essen tagenden Versammlung eine Partei gebildet, die den Namen führt „Die neue Mitte (Sozialliberale Partei)“.

Ein neuer tschechischer Gesandter in Berlin. Der Präsident der tschechischen Republik hat den bisherigen Gesandten in Rom Dr. Adalbert Wastny zum Gesandten in Berlin ernannt.

Ein Weinspinn in Chile. Die Fliegerin Elli Weinspinn ist am Sonnabendabend in Arica eingetroffen und hat damit östliches Gebiet erreicht.

dbörsen
Leder
Leitungsschoner
Ebgabeln
abvase
adelmer
enstreifen
Schüsseln
eglocks
tdampfer
Kappen
Strickbinden
T-Seife
id-Damast
derbürste
schwimm-Ente
stbinder
uchstasche
in-Damast
L-Kissen-Garnitur
bstsatz
dtkoffer
Bettvorlage
inalcaum
caffemühle
stuta oder flieger